

## Preiskontrolle für Lebensmittel.

Sind Preisprüfungsstellen nötig?

Die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission hielt gestern unter dem Vorsitz des Gemeinderates Dr. von Dorn eine mehrstündige Sitzung ab, in der die Schaffung von Preisprüfungsstellen zur Beratung gelangte.

Dem ausführlichen Bericht des Referenten Kammerkonjulenten Dr. Beder entnehmen wir: Der Mangel an Einrichtungen, um unberechtigte Preisbildungen erkennen und ihnen zu begegnen, ist schon vor dem Kriege fühlbar gewesen. Durch die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise hat nun die Frage der Schaffung von Preisermittlungsstellen die größte Aktualität erlangt. Die Regierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Teuerung hatten bis jetzt nicht den gewünschten Erfolg. Mit Höchstpreisen und mit der Schaffung von Zentralen für die Versorgung mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln wurden schlechte Erfahrungen gemacht. Auch durch die Vermehrung der Strafbestimmungen gegen die Preistreiberei und deren rücksichtslose Anwendung konnte die Teuerung nicht wirksam bekämpft werden. Die Ursache des Versagens der Massnahmen gegen die Teuerung liegt darin, daß es an einer öffentlichen Ueberwachung der Preisbildung für Lebensmittel und an der Kontrolle fehlt. Es mangelt eine Organisation, die die Waren von der Produktion bis zum Verbrauch verfolgt und die Preisbildung in den verschiedenen Stadien beobachtet und dabei prüft, ob und an welcher Stelle bei der Preisbildung

Ausschreitungen vorkommen und wie diese verhütet werden können. Nur dann, wenn sich Produzenten, Groß- und Kleinhändler unter ständiger Aufsicht dieser Obrigkeit fühlen würden, werden übermäßige Preise verhindert werden.

Die Aufgaben, die derartige Organisationen — Preisprüfungsstellen — zuweisen wären, sind folgende: Ueberwachung der Preisbildung der Lebensmittel von der Produktion bis zum Verbrauch. Ermittlung der den örtlichen Verhältnissen angemessenen Preise auf Grundlage der Erzeugungs- und sonstigen Gesteuerungskosten, Verhütung übermäßiger und ungerechtfertigter Preissteigerungen erstens durch Veröffentlichung der Preise, zweitens durch gütliche Einwirkung, drittens durch Anzeige zur Bestrafung. Anregung von Massnahmen bei den Staats- und Gemeindebehörden und Beratung dieser Stellen bei der Regelung des Verkehrs mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln. Aufklärung der Bevölkerung über die Ursachen der Preisbildung. Der Berichterstatter besprach sodann die im Deutschen Reich mit den Preisprüfungsstellen gemachten Erfahrungen und stellte sodann folgende Fragen zur Diskussion: 1. Ist ein Bedürfnis nach Preisprüfungsstellen in Oesterreich vorhanden? 2. Sollen die Preisprüfungsstellen in Oesterreich ähnlich wie in Deutschland durch eine Verfügung der Regierung obligatorisch eingeführt, oder soll es den einzelnen Gemeinden überlassen werden, derartige Stellen zu schaffen? 3. Sollen die Preisprüfungsstellen nur die Preise ermitteln oder sollen sie auch die Preise festsetzen dürfen? 4. Zusammensetzung der Preisprüfungsstellen.

Der Berichterstatter schlug schließlich vor, über die genannten Fragen eine Generaldebatte abzuführen und sodann ein Komitee zum Studium dieser Fragen einzusetzen, das geeignete Vorschläge auszuarbeiten und der Sektion vorzulegen hätte.

## Die Debatte.

In den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, in der sich sämtliche Redner für die Schaffung dieser Preisermittlungsstellen aussprachen.

Frau Granitsch hält den jetzigen Zeitpunkt für die Einführung von Preisprüfungsstellen als besonders geeignet, da infolge der Fortschritte unserer und der verbündeten Truppen neue Bezugsgebiete erschlossen werden, was auf die Preisbildung verschiedener und zahlreicher Lebensmittel günstig einwirken könnte, wenn die nötigen Vorkehrungen getroffen werden. Sie wünscht die Schaffung von Preisbildungsstellen nach deutschem Muster. Die Zusammensetzung der Kommissionen müßte eine solche sein, daß die Konsumenten nicht von vorneherein in der Minderheit sind.

Frau Freundlich: Auch in dieser Sache zeigt sich wieder, daß in Oesterreich oft gute Anregungen gegeben werden, im Ausland aber früher zur Tat werden als bei uns. Die Rednerin glaubt, daß die Preisermittlungsstellen nur dann von Nutzen sein werden, wenn sie obligatorisch eingeführt werden. Die Kommissionen müssen ferner paritätisch zusammengesetzt sein und einen unparteiischen Vorsitzenden aus der Beamtenenschaft erhalten. Die Preisprüfungsstellen müssen ferner unter eine Reichsprüfungsstelle zusammengefaßt werden.

Kommerzialrat Lauffig begrüßt den Vorschlag vom Standpunkt des Kaufmannes. Dieser habe heute keinen Anreiz mehr, die Ware billig einzukaufen, da für den Verkauf nur die Gesteuerungskosten maßgebend seien. Die ermittelten Preise werden für die Kaufleute Richtlinien für die Ansetzung der Verkaufspreise geben.

Sektionschef Glauer wünscht, daß die Stellen obligatorisch seien. Sie würden auch große Bedeutung in der Hinsicht erlangen können, daß sie den Regierungsorganen bei der Festsetzung von Höchstpreisen beratend zur Seite stehen.

Gemeinderat Reumann bemerkt, daß die zu schaffenden Stellen nur die Preise ermitteln,

jedoch nicht die Preise festsetzen sollen. Es sei die obligatorische Einführung durch die Regierung zu verlangen, in der Zwischenzeit soll jedoch die Handelspolitische Kommission oder die Gemeinde eine solche Preisermittlungsstelle für die Stadt Wien einsetzen. Die guten Erfahrungen würden dann die Regierung um so leichter veranlassen, diese Stellen in ganz Oesterreich einzuführen.

Kommerzialrat Saborsky weist darauf hin, daß in der Oeffentlichkeit eine große Unkenntnis darüber bestehe, welche Faktoren für die Bildung der Fleischverkaufspreise maßgebend sind. Die Kommission werde durch ihre Aufklärung der Bevölkerung wertvolle Dienste leisten.

Kais. Rat Spizer bemerkt, daß der Großteil der Kaufmannschaft unter den heutigen Verhältnissen ebenso leide wie der Konsument. Der Kaufmannschaft sei die Zusammensetzung der Preisermittlungsstellen gleichgültig. Durch sie werde jedenfalls erreicht werden, daß die Judikatur eine richtige Grundlage für ihre Entscheidungen erhält, ob in den einzelnen Fällen eine Preistreiberei vorliegt oder nicht. Kammerat Binz l wünscht die Errichtung von Preisermittlungsstellen hauptsächlich dort, wo sie am notwendigsten sind, also in erster Linie in Wien und in anderen großen Städten.

Gemäß dem Antrag des Berichterstatters Dr. Beder wurde, nachdem noch mehrere Mitglieder der Kommission gesprochen hatten, ein Komitee eingesetzt, das ein ausführlich begründetes Elaborat ausarbeiten und der Sektion zur Genehmigung vorlegen wird.